

24.09.2019

Dezernat 2 - Ordnung, Verkehr und Kommunalangelegenheiten

Motorradlärm im Landkreis Waldshut

Beschlussvorlage

Gremium	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus	Zuständigkeit
Kreistag	16.10.2019	öffentlich	Beschlussfassung

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag begrüßt die Eifel-Initiative und beauftragt die Verwaltung, die Konditionen für eine Teilnahme an dieser in Abstimmung mit den interessierten Kreisgemeinden auszuloten.

Sachverhalt:

Der Landkreis Waldshut als Tourismusdestination im Bereich des Südschwarzwaldes erfreut sich seit vielen Jahren einer hohen Beliebtheit bei den Besuchern und Gästen unserer Gemeinden. Viele Betriebe sind von einem florierenden Tourismus abhängig, die Gäste und Besucher genießen die Natur und die schöne Landschaft im Südschwarzwald. Auch zahlreiche Motorradfahrer suchen den Landkreis immer wieder auf und erfreuen sich seiner anspruchsvollen Strecken. In den einschlägigen Medien wird auch dafür geworben. Die Autofahrt in dem Südschwarzwald wird zum Genuss, die Biker sind im Südschwarzwald willkommen.

Der zunehmende Motorrad-Tourismus bringt leider auch eine Lärmbelastung mit, die als störend empfunden und bei Einheimischen und Touristen oftmals sehr negativ aufstößt. Dies betrifft nicht die Motorradtouristen, die verantwortungsvoll mit der Maschine und deren Leistungsfähigkeit umgehen. Es betrifft diejenigen Biker, die unter Ausnutzung möglichst hoher Drehzahlen, Veränderungen an den Auspuffanlagen zwecks Verbesserung des Sounds und einer Verlärmung der Täler im Schwarzwald ihre Befriedigung finden und damit andere mehr als notwendig belasten. Bereits viele Diskussionen haben mit den Städten und Gemeinden sowie der betroffenen Bevölkerung stattgefunden, um hier Verbesserungen zu finden. Weder Geschwindigkeitsbeschränkungen noch Radarmessungen stellen das taugliche Allheilmittel dar, um dieser negativen Situation Rechnung zu tragen. Wer bewusst die Leistungsfähigkeit seiner Maschine über Gebühr auf Kosten der Anderen ausnutzt, wird sich nicht durch Geschwindigkeitsbeschränkungen davon abhalten lassen. Bei Radarüberwachungen stellt sich immer das Problem, dass der Fahrer nicht zuverlässig identifiziert werden kann, ohne dass man mit Hilfe der Polizei einen Anhaltvorgang vornimmt und Fahrer und Maschine „ganzheitlich“ überprüft. Kreis und Kommunen haben selbst kein Anhaltrecht, dieses kann nur in Verbindung mit der Polizei sichergestellt werden.

Die Erkenntnis ist, an der Maschine und im Zulassungsverfahren (EU-Typengenehmigung) anzusetzen, um die Lärmemissionen zu reduzieren und auch unvernünftigen Fahrern die Grenzen von Lärmemissionen aufzuzeigen. Alles andere wird nicht zu dem gewünschten Erfolg führen. Für die Typengenehmigung und Zulassung müssen praktikable Verfahren durchlaufen werden, die den Echteinsatz der Maschine und die Fahrweise widerspiegeln. Lärmprüfungsverfahren, wie bisher, die diesem Grundsatz nicht gerecht werden, sind fehl am Platz und sind untauglich, das Problem an der Wurzel, an der Maschine, selbst zu lösen.

Nicht nur der Südschwarzwald, auch andere Gegenden leiden unter der Verlärmung durch unvernünftige Motorradfahrer. So hat sich beispielsweise die Region Nationalpark Eifel gegen den Motorradlärm „stark gemacht“ und hat eine Initiative gestartet, dem Motorradlärm zu begegnen. Ein Kampagnenkonzept „Silent Rider“ wurde in Auftrag gegeben und entwickelt. Mit zahlreichen Maßnahmen und einem umfassenden Forderungskatalog soll der Verlärmung begegnet werden. So sollen Veränderungen am Motorrad selbst, bei den Strafen, den Messverfahren, der Individualisierung der Fahrer (z.B. persönliches Helmkennzeichen) sowie die Einwirkung auf die Vernunft von unvernünftigen Fahrern zu einer spürbaren Verbesserung der Situation führen. Vereint und mit einer starken Lobbyarbeit soll der Thematik begegnet werden. Diese sollte auch auf Verkehrsteilnehmer wirken, die ihren PKW nicht sozialverträglich benutzen und bewegen und dadurch andere unnötigerweise unangemessen stören. Viele Unterstützer bundesweit sollen die Kampagne inhaltlich und finanziell mittragen, um „stark, laut, gemeinschaftlich“ dem Motorradlärm zu begegnen.

Bereits bisher wurde an die Vernunft der Motorradfahrer appelliert, Schilder wurden in kritischen Bereichen aufgestellt, mit dem Bikertag wurde entsprechende Lobbyarbeit betrieben. Ganzheitliche Kontrollen der Polizei zu bestimmten Tagen erfolgten, um insbesondere auch Manipulationen an Motorrädern zu begegnen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Aus Sicht der Verwaltung wird die Problematik von Jahr zu Jahr größer, es müssen Allianzen geschmiedet werden, um auf Landes, Bundes und EU-Ebene sich Gehör zu verschaffen, damit über abgestimmte und flankierende Maßnahmen es zu einer Reduzierung des Motorradlärms wie auch des Lärms der zuletzt auch vermehrt von Personenkraftwagen ausgeht, zu kommen. Die Verwaltung wird deshalb ausloten, an welchen Aktionsbündnissen man sich beteiligt, um die Thematik zu befördern und mit Aktionen den unzumutbaren und nicht notwendigen Emissionen zu begegnen. Für die Verwaltung steht fest, dass mit Geschwindigkeitsbeschränkungen, Geschwindigkeitsüberwachungen oder auch Fahrverboten, die nur ganz eingeschränkt und unter engsten Voraussetzungen möglich sind, das Problem nicht in den Griff zu bekommen ist und deshalb eine Beteiligung an Aktionsbündnissen notwendig ist, um ein langfristiges Umdenken zu erreichen und am Motorrad bzw. Pkw als Lärmquelle anzusetzen. Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Verwaltung dem Kreistag, diesem Vorgehen zuzustimmen.

Der Ausschuss für Technik, Umwelt und Verkehr hat in seiner Sitzung am 25. September 2019 einstimmig empfohlen, die Eifel-Initiative zu begrüßen und die Konditionen für eine Teilnahme an dieser mit den interessierten Kreisgemeinden auszuloten.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Verwaltung geht davon aus, dass der Umfang der einzusetzenden finanziellen Mittel hinsichtlich der Aktionsbündnisse „überschaubar“ ist und hier auch die Allianz mit Städten und Gemeinden im Landkreis zu suchen ist, die sich entsprechend beteiligen wollen bzw. großes Interesse zeigt. Derzeit kann nicht sicher eingeschätzt werden, um welche Beträge es jährlich geht, wenn der Landkreis sich beispielsweise an der Eifel-Initiative beteiligt. Das wird zu klären sein.

Dr. Martin Kistler
Landrat

Anlage:
Eifel-Initiative